

Massive Fehlanreize und Kostenexplosion

Inside Bürgergeld

Das Bürgergeld steht unter Dauerkritik. Vorschläge für kleinere Änderungen gibt es zuhauf. Der BdSt lenkt den Blick deshalb auf das Gesamtsystem. Dies offenbart, dass eine große Reform nötig ist.

Die Debatten um das Bürgergeld reißen nicht ab. Auch deshalb, weil die Steuerzahler mehr als 40 Mrd. Euro für das Grundsicherungssystem aufbringen müssen – Jahr für Jahr. Ob härtere Sanktionen für Totalverweigerer, die eine Kooperation mit den Jobcentern ablehnen, ob Leistungskürzungen für Bürgergeld-Empfänger, die bei Schwarzarbeit erwischt werden, oder ob Flüchtlinge aus der Ukraine nur noch Asylbewerberleistungen erhalten sollen: All dies gehört diskutiert und gegebenenfalls geändert. Doch sind solche Ansätze nur punktueller Natur. Sie dienen vor allem der politischen Stimmungsmache, ändern aber am Gesamt-konstrukt des Bürgergelds wenig. Indes verliert dieses Konstrukt zusehends an Rückhalt in der Gesellschaft.

Kluft zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Warum diese Akzeptanz fehlt, offenbaren inzwischen mehrere Studien. Zentral ist der Widerspruch zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Mit dem Start des Bürgergelds Anfang 2023 erwartete die Ampel-Regierung einen Rückgang der Zahl der Stütze-Empfänger, da das Bürgergeld als schnelle Drehtür zum Arbeitsmarkt gedacht war und einen Beitrag zur Fachkräfte- und Arbeitskräftegewinnung leisten sollte. Derzeit beziehen jedoch mehr als 4 Mio. erwerbsfähige Arbeitslose Bürgergeld. Das sind fast 100.000 arbeitsfähige Leistungsbezieher mehr als Ende 2023 und sogar 185.000 mehr als Ende 2022, dem letzten Monat des scheidenden Hartz-IV-Systems. Gegenüber Mitte 2022 weist die aktuelle Statistik der Bundesagentur für Arbeit sogar eine Zunahme

um 500.000 erwerbsfähige Bezieher aus! Ergebnis: Der Arbeitskräftemangel – ob in der Gastronomie, im Bau oder in der Pflege – bleibt bestehen, die Zahl der Bürgergeld-Bezieher steigt.

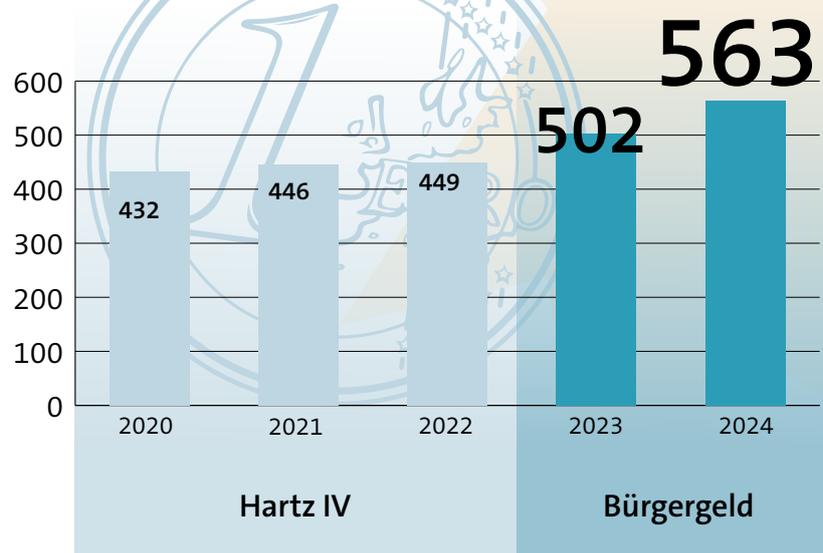
Große Skepsis in den Jobcentern

Sehr aufschlussreich ist eine Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vom Anfang dieses Jahres. Das Institut hatte fast 2.000 Jobcenter-Beschäftigte, die tagtäglich mit Stütze-Empfängern zusammenarbeiten, befragt, wie sie die Bürgergeldreform in der Praxis beurteilen. 14 Neuregelungen des Bürgergelds gegenüber dem Vorgänger-Modell Hartz IV wurden intensiv beleuchtet und bewertet. Die Ergebnisse liefern einen Eindruck vom Inneren des Systems und wie es funktioniert. Und es funktioniert leider sehr schlecht!

Lediglich vier Neuregelungen betrachten die Jobcenter-Mitarbeiter als Verbesserung – dazu gehören das Coaching für Langzeitarbeitslose und höhere Regelsätze für Kinder. Zehn Neuregelungen werden hingegen mehrheitlich abgelehnt. Besonders kritisch sehen die Mitarbeiter die laxen Sanktionspraxis (73 Prozent Ablehnung), die den Job-Vermittlern kaum Druckmittel gegen Job-Verweigerer an die Hand gibt, zudem die hohen Regelsätze für Erwachsene (67 Prozent Ablehnung), die zuletzt stärker gestiegen sind als der Mindestlohn, sowie die deutlich angehobenen Freibeträge beim Schonvermögen (55 Prozent Ablehnung).

Insgesamt betrachten nur zwei Prozent der Mitarbeiter die Bürgergeldreform als gelungen, weitere 15 Prozent zumindest als teilweise Verbesserung im Vergleich zu Hartz IV.

Hohe Regelsätze beim Bürgergeld (monatlich in €)



Quelle: Bundesministerium



chrissie

Konkurrenz zum Arbeitsmarkt

Gegenüber dem Hartz-IV-System hat sich auch das Verhalten der Stütze-Empfänger laut DIW-Umfrage merklich geändert. Deren Anspruchsdenken hat nämlich aus Sicht der Jobcenter-Mitarbeiter deutlich zugenommen, zugleich haben sich die Erreichbarkeit, Mitwirkung und Motivation verschlechtert.

Kurzum: Die Bürgergeld-Bezieher sind zunehmend unkooperativ und schotten sich ab. Folglich geben 63 Prozent der Job-Vermittler an, dass sich die Anreize, eine neue Arbeit aufzunehmen, mit dem Bürgergeld verschlechtert hätten, weitere 64 Prozent, dass der Abstand des Regelsatzes zu niedrigen Löhnen viel zu gering sei.

Die Umfrageergebnisse sind ein Alarm-signal! Unterm Strich zeigt sich nämlich: Das Bürgergeld-System ist insgesamt zu großzügig bemessen und hält, so die grundsätzliche Tendenz, arbeitsfähige

Bürger vom Arbeiten ab. Die Ampel hat ein staatlich finanziertes Konkurrenz-System zum Arbeitsmarkt geschaffen, das ein Verharren in der bedingungslosen Grund-sicherung fördert!

Unkontrollierte Kostenexplosion

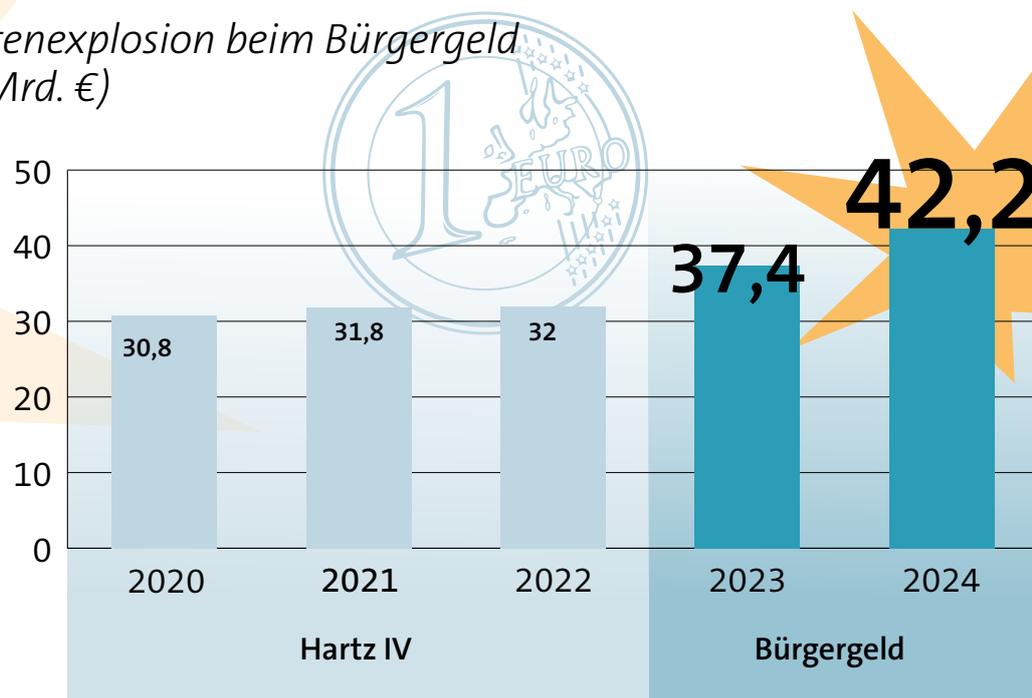
Der Bund der Steuerzahler bewertet diese Analyse so: Mit dem Bürgergeld sind sehr teure Folgen für die Steuerzahler verbunden. Bereits im Jahr der Bürgergeld-Einführung 2023 hatte sich die Ampel kräftig verkalkuliert, denn statt 34 Mrd. Euro haben die Regelleistungen und die Übernahme der Wohnkosten den Bund mehr als 37 Mrd. Euro gekostet. Die aktuelle Entwicklung 2024 sieht noch düsterer aus, da der BdSt eine weitere Kostenexplosion auf 42 Mrd. Euro prognostiziert. Somit könnten am Jahresende 5 Mrd. Euro Steuergeld mehr nötig sein, als im Bundeshaushalt für das Bürgergeld eingestellt sind. Nicht zu vergessen sind auch hohe Lasten für die Beitragszahler, da der Bund der gesetzlich-

chen Krankenversicherung Kosten für Stütze-Empfänger nur zu einem Teil erstattet. Konsequenz: Diese Unterfinanzierung der Krankenkassen von rund 10 Mrd. Euro pro Jahr müssen Arbeitnehmer und Betriebe dann mit ihren Beiträgen ausgleichen.

Bürgergeldreform nötig!

Fazit: Die Einführung des Bürgergelds schafft viele Probleme. Nach anderthalb Jahren entpuppt es sich als massive Konkurrenturbremse. Mehr noch: Zugleich übernimmt sich der Staat mit der Finanzierung des Sozialstaates. Die Folgen dieser Kostenexplosion werden abermals den Steuerzahlern aufgebürdet – die Akzeptanz gegenüber dem Bürgergeld sinkt also weiter. Hinzu kommt, dass Beschäftigte, die ihrer täglichen Arbeit nachgehen, das Bürgergeld als Affront empfinden, wovon vielerorts in den Medien zu lesen ist. Kurzum: Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden – eine Reform des Bürgergelds ist unausweichlich! *Sebastian Panknin, s.panknin@steuerzahler.de*

Kostenexplosion beim Bürgergeld (in Mrd. €)



Quelle: Bundesfinanzministerium, Bürgergeld-Leistungen und Kosten für Unterkunft/Heizung, 2024 Prognose des BdSt